

Diskussionspapier für eine neue GRÜNE Sicht auf den „Nahost-Konflikt“

anlässlich der Grünen Nahostkonferenz am 28. Februar 2010 in Berlin

Die aktuelle Situation in und um Gaza verschafft dem sog. „Nahost-Konflikt“ auch hierzulande wieder etwas öffentliche Aufmerksamkeit, wenn auch in ungenügendem Ausmaß. Wenn hier eine Debatte aufkommt, so ist sie leider zu selbstbezogen und wird der Situation vor Ort selten gerecht. Trotzdem, bzw. *gerade deshalb* müssen wir uns ihr auch in ihrer hiesigen Form stellen:

Deutschland trägt historische Verantwortung gegenüber Israel, bzw. allgemein dem Judentum. Dieser wird es jedoch nicht gerecht, indem es die Lehren aus seiner Geschichte auf Kosten Dritter oder des internationalen Rechts auslegt, oder dies seitens Israels (oder anderer Freunde) toleriert. Das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch kurzsichtig, weil es bitter benötigte internationale Institutionen unterminiert und darüber hinaus in der Region und rund um die Welt weiteren Hass sät. Dieser bringt nämlich letztlich auch uns, d.h. sowohl Israel als auch dem Westen selbst, nur Unsicherheit. Mindestens deshalb gilt es auch unsererseits, den „Nahost-Konflikt“ endlich entschieden anzugehen, wozu nicht zuletzt zwingend eine ehrliche Auseinandersetzung mit der israelischen Besatzung der Palästinensischen Gebiete als Wurzel – nicht allen, aber vielen – Übels gehört.

Die Debatte hierüber muss allseits sachlich und auf der Basis universeller Menschenrechte und demokratischer Normen geführt werden und hat nur Chancen auf brauchbare Ergebnisse, wenn sie nicht den PopulistInnen überlassen wird. Auch müssen wir mindestens inoffiziell alle vor Ort Beteiligten (d.h. auch: Hamas, Iran, Hisbollah, die Flüchtlinge in den Nachbarländern,...) umfassend in sie einbeziehen. Außerdem müssen wir uns als Gesellschaft hier klar und deutlich sowohl vom bisher kaum hinterfragten de-facto Blankoscheck für die israelische Politik, als auch andererseits von mehr oder weniger verhohlener Sympathie mit palästinensischer Gewalt, sowie jeglichen Formen von Rassismus (also auch: Judenfeindlichkeit), *bei uns und sonst wo*, deutlich distanzieren. Gerade so könnte das allseits respektierte Deutschland mit gleichzeitig ausgewogenerer Außenpolitik in der Tat für sich und Andere die besten Lehren aus seiner Vergangenheit ziehen - und ihr so im Sinne Aller besser gerecht werden.

Gaza als aktueller Anlass und eine generelle Sicht auf den Konflikt

Über ein Jahr nach Israels Operation „Gegossenes Blei“ in Gaza sind die meisten der massiven Schäden an Wohnraum, teils kritischer Infrastruktur und Umwelt noch immer nicht behoben, sowie viele Menschen noch immer nicht in ihre zerstörten Häuser zurück gekehrt. Die Gründe dafür liegen zum großen Teil in der schon über zwei Jahre andauernden und nun verschärften israelisch/ägyptischen Blockade Gazas, welche mittlerweile auch Lieferungen von Baumaterial und Hilfsgütern nur selten ausnimmt, oder

diese drastisch verzögert. Dagegen Abhilfe schaffende Tunnel werden von Israel mit (wohl richtigem) Verweis auf Waffenschmuggel regelmäßig bombardiert und demnächst auf ägyptischer Seite mit einer unterirdischen Mauer unterbunden. Dabei wäre dieser Waffenschmuggel wahrscheinlich durch nichts leichter unterbindbar als durch geregelten, evtl. verschärft kontrollierten Verkehr, wie an jeder ordentlichen Grenze dieser Welt. Nur müsste darunter nicht die Zivilbevölkerung (zudem: über die Hälfte Minderjährige) Gazas leiden. **Wir müssen deshalb fordern, die Blockade unverzüglich zu beenden.**

Israel hat natürlich ein Recht auf Selbstverteidigung, und der dem Einmarsch vorausgegangene Raketenbeschuss seitens der Hamas ist auf das Schärfste zu verurteilen. Trotzdem rechtfertigt er weder einen Militäreinsatz dieser Größe und skandalösen Gestalt, noch die schon länger in Form der Blockade gegen die BewohnerInnen Gazas verhängte, laut der (auch von Israel unterzeichneten) Vierten Genfer Konvention als Kriegsverbrechen zu bezeichnende Kollektivstrafe. Beide waren und sind nicht nur zutiefst unmoralisch, menschenverachtend und daher einen etwaigen Friedensprozess wohl auf viele Jahre hinaus belastend, sondern sind in ihrer Unverhältnismäßigkeit selbst unter Annahme eines Kriegszustandes glatt rechtswidrig.

Gaza ist nicht das einzige Problem, wenn auch aktuell das drängendste. Es macht eine umfassende Bilanzziehung in Sachen „Friedensprozess“ jedoch spätestens jetzt unausweichlich: Der israelisch-palästinensisch/arabische Dauerkonflikt ist heute meilenweit von einer Lösung entfernt. Die Schuld dafür ist nicht einseitig zuzuweisen, jedoch kommt kein Erklärungsansatz ohne Verweise auf die Vertreibung der PalästinenserInnen und die seit über 40 Jahren andauernde israelische Besatzung der ihnen international weitgehend zuerkannten Gebiete aus. Die PalästinenserInnen müssen seit Jahrzehnten die alltägliche und vielfältige Ungleichbehandlung, demütigende Schikane und Willkür aushalten, die diese mit sich bringt. Nochmals: Ihre Gewalt dürfen wir nicht verharmlosen. Dennoch sollten uns auch keine essentialistisch-vereinfachten Islambilder von der Frage abbringen, was diese Menschen dazu bringt - meist zu ihrem offensichtlichen persönlichen Nachteil - Widerstand zu leisten, oder sich im Extremfall gar von Terrorpaten instrumentalisieren zu lassen. In dieser Diskussion gelangt man, wenn konsequent geführt, früher oder später immer wieder zu ihrer (im jetzigen westlichen Diskurs leider weitgehend ausgeklammerten) Vertreibung und der Besatzung ihrer Heimat.

Das Westjordanland, welches ebenfalls seit 1967 unter israelischer Besatzung steht, wird mittlerweile derart von Siedlungen, Autobahnen, Checkpoints und einer Mauer bzw. einem Zaun durchlöchert und zerstückelt, dass die offiziell seit Anfang der 1990er Jahre als Ziel eines Friedensprozesses ausgegebene Zwei-Staaten-Lösung in weite Ferne rückt - zumindest wenn beide Staaten unabhängig bewohnbar und regierbar sein sollen. Bald leben eine halbe Million SiedlerInnen verstreut über besetztes Land. Ost-Jerusalem als Zentrum palästinensischen Lebens und Wirtschaftens wird durch ihre Bauprojekte zunehmend stranguliert. Wir müssen leider feststellen, dass israelische Regierungen verschiedenster Couleur die Kritik dämpfende und ablenkende Wirkung von, falls überhaupt stattfindenden, letztlich ergebnislosen und mittlerweile komplett zur Farce verkommenen Gesprächen seither anscheinend hauptsächlich dazu genutzt haben, Siedlungsbau und illegale de-facto Landnahme weiter voranzutreiben. **Gleichzeitig fördern u.a. alltägliche, an Orten wie Hebron unfassbare Ausmaße annehmende Besatzungs-Schikanen, massenhafte politische Verhaftungen, mehr oder weniger „gezielte“ Hinrichtungen militanter**

PalästinenserInnen, sowie das konstante Hinhalten moderater Verhandlungspartner weiter extremistische Kreise. Ähnlich wirken einseitige vermeintliche Zugeständnisse, wie die Räumung Gazas, bei gleichzeitiger Siedlungsbeschleunigung und Mauerbaus mitten im Westjordanland: Sie lassen friedfertige PalästinenservertreterInnen irrelevant wirken, während HardlinerInnen Prestige (und Wahlen...) gewinnen, indem sie behaupten, diese Zugeständnisse seien Ergebnisse ihres Drucks, bzw. ihrer Raketen.

Die Nicht-Anerkennung von Wahlergebnissen und die Stützung einer nicht ausreichend legitimierten und darüber hinaus zumindest in Teilen korrupten Palästinenservertretung seitens des Westens tun indes ihr übriges, um unter PalästinenserInnen einen Rest-Glauben an Demokratie und friedliche Lösungen zu unterminieren. Das Gleiche gilt für das (zunächst natürlich richtige) Argument, mit Israel eine Demokratie der Opfer (und heute vor allem -Nachfahren) europäischen Judenhasses zu stützen. In diese Bewertung sollte allerdings endlich auch mit einfließen, dass diese Demokratie sich als heutige Besatzungsmacht real zumindest teilweise selbst wie ein (obendrein ausgerechnet *rassistischer*) Unrechtsstaat verhält.

Die israelische Friedensbewegung scheint indes geschrumpft und (mindestens institutionell) desorganisiert, was keine Hoffnung auf eine „interne“ Lösung nährt. Einflussreiche nationale wie internationale Kräfte (z.B. die Rüstungsindustrie) profitieren auf vielfältige Weise von der Besatzung und schaffen es, sie einer mittlerweile an dem Geschehen in den palästinensischen Gebieten größtenteils desinteressierten Bevölkerung unterzujubeln, bzw. sie als halb so wild oder gar notwendig darzustellen. Selbst das „linke“ institutionelle Spektrum schweigt hier zumeist, bzw. spricht sich z.B. bezeichnenderweise selbst gegen die Verweigerung von Kriegsdienst in besetzten Gebieten aus. **Unterdessen scheint der israelische nationale Diskurs mehrheitlich unter immer chauvinistisch-nationalistischeren Vorzeichen geführt zu werden, was aktuell u.a. seine offensten Vertreter (Schas, Yisrael Beitenu, Likud) unter Mitwirkung der „linken“ Arbeitspartei in Regierungsverantwortung gebracht hat. Diese lassen nicht den geringsten Willen zu echtem Ausgleich mit den Palästinensern erkennen und treiben das Land zudem scheinbar unwidersprochen immer weiter in eine komplette regionale Isolation.** Nicht dass diese für den von vielen - tlw. formell noch mit ihm im Kriegszustand befindlichen - Nachbarn immer noch nicht einmal anerkannten Staat Israel leider prinzipiell etwas Neues wäre. Allerdings läuft er nun Gefahr, selbst seine wenigen Partner, sowohl unter den Palästinensern, als auch in der Region (und damit wieder: Sicherheit) einzubüßen. Als aktuellste Beispiele seien hier jeweils nur die offene Resignation von Mahmud Abbas, sowie die zurzeit miserablen Beziehungen zur (wohlgemerkt: eigentlich *verbündeten*) Türkei genannt. Und auch den Beziehungen zu Europa bleibt kaum eine Belastungsprobe erspart - sei es in Form von Gaza-Einreiseverboten für veritable Minister, zunehmende Bedrängung ausländischer NGOs in Israel, oder, kürzlich, höchstwahrscheinlich wieder einem Mordanschlag, diesmal allem Anschein nach verübt von Mossad-Agenten mit größtenteils gefälschten europäischen Pässen.

Diese offen geäußerten Einschätzungen fallen nicht nur deshalb besonders deutlich aus, weil der Westen Israel seit Jahrzehnten ein treuer Partner ist und deshalb angebrachte, konstruktive Kritik unter Freunden üben dürfen sollte. Es ist, ganz davon abgesehen, auch nicht zu übersehen dass Israel zudem *an allen aktuellen Fronten* als der ungleich stärkere Kontrahent nicht zuletzt das militärische Geschehen, sprich den Konflikt, weitgehend

selbst bestimmt. Ja, die palästinensischen Raketenangriffe sind schrecklich und nur zu verurteilen. Trotzdem sollten uns auch die Verhältnisse klar sein: Wenn Israels moderne Armee entschieden angreift, sind, wie neulich in Gaza, Opferzahlen von unglaublichen 1393 Palästinensern (darunter eine nicht genau bekannte, wahrscheinlich hohe Anzahl Zivilisten und sicher 347 Kinder) bei gleichzeitig „nur“ 13 toten Israelis (darunter drei Zivilisten) für den Konfliktzeitraum zu beklagen (Quelle: UN OCHA OPT, November 2009). Ja, BEIDE Seiten haben sich in der jüngsten Auseinandersetzung Kriegsrechts- und anderer Regelverletzungen schuldig gemacht, ALLEN ist transparent und entschlossen nachzugehen, denn JEDES der Opfer ist eines zu viel. Trotzdem zeigt dieses Beispiel auch, wie sehr Israel, am längeren Hebel sitzend, mittlerweile *weitgehend* den Ort, Zeitpunkt und die Art des Konfliktes, und somit mit wenigen Ausnahmen eben zwangsläufig seinen generellen Charakter in der Hand hat. Hier ist jedoch leider bisher kein mit der Übermacht in gleichem Maße gewachsenes Verantwortungsbewusstsein feststellbar.

Dies führt zum nächsten Teil des Problems: Eine Unterminierung internationaler Rechtsnormen durch die Besatzung, sowie mit ihr geradezu zwangsläufig verbundene Menschenrechtsverletzungen. Nicht nur kommt Israel seinen Pflichten als Besatzungsmacht nicht nach, bzw. setzt sich mit aktiver und passiver Regierungspolitik u.a. über das ebenfalls in der Vierten Genfer Konvention festgehaltene Verbot, eigene Bevölkerung auf besetztes Gebiet umzusiedeln, hinweg – worüber auch temporäre, obendrein zur Unkenntlichkeit verwässerte „Baustopps“ nicht hinweg täuschen können. Israel bricht auch sonst routinemäßig internationales Recht und ignoriert im Zusammenhang mit der Besatzung beispielsweise seit Jahrzehnten einschlägige UN-Resolutionen. Weil ein amerikanisches Veto dort sicher ist, erreicht das Thema den hierfür eigentlich vorgesehenen Sicherheitsrat gar nicht mehr und wird inzwischen stattdessen von zahlreichen, ihrerseits die Menschenrechte oft mit Füßen tretenden Regierungen als Feigenblatt z.B. dazu benutzt, den viel versprechenden UN-Menschenrechtsrat lahmzulegen. Dieser trifft dann höchst einseitige, anti-israelische Beschlüsse, wie auch im Falle des Untersuchungsmandates für **Richter Richard Goldstone** bezüglich des Krieges in Gaza. Letzterer jedoch **hat 2009, nach einer Mandatsänderung, bzw. quasi-eigenmächtigen Neuauslegung, erfreulicherweise einen sehr ausgeglichenen, beide Konfliktparteien scharf verurteilenden Bericht vorgelegt und somit dem UN-Menschenrechtsrat eine Chance gegeben, wirklich relevant zu werden. Hier jedoch ließen ihn die westlichen Länder (unter ihnen Deutschland) im Stich**, in dem sie den Bericht – vollkommen ungerechtfertigt - pauschal als ebenfalls unausgewogen verwarfen. Stattdessen hätte man die Chance, die im Sinne internationaler Menschenrechtsförderung in ihm lag (und weiter liegt!), nutzen und ihn konstruktiv aufgreifen müssen, vor allem zumal *keine* der Konfliktparteien bisher den Anschein erweckt, dies ernsthaft selbst zu tun. **Diese schlicht unaufrichtige westliche Haltung könnte sich, falls nicht revidiert, vor allem hinsichtlich der weltweit unabsehbaren Auswirkungen von international nicht deutlich verurteilten, geschweige denn wenigstens *irgendwie* geahndeten Präzedenzfällen dieser Schwere, auch an anderen Konfliktherden noch im wahrsten Sinne des Wortes als zutiefst bedauernswert erweisen.**

Ein Problem unserer Zeit sind trotz (bzw. auch: *wegen*) ihrer Globalisierung tiefe „diskursive Gräben“, d.h. zu fundamental unterschiedliche Wahrnehmungswelten von prinzipiell in ihren Empfindungen überraschend ähnlichen Menschen und ganzen Völkern - die trotz kontroverser Fragen mehr denn je miteinander auskommen und gemeinsame Herausforderungen meistern müssen. Der „Nahost-Konflikt“ ist hier in seiner Tragweite ein

Paradebeispiel: Wenn jede Seite weiter nur entweder die israelische Besatzung oder die Bedrohung durch den Iran (oder den Westen) wahrnehme, würden wir am Ende nicht umhin kommen, Samuel Huntington und seinen Thesen vom Kampf der Kulturen doch noch Recht geben zu müssen. Da der Westen auch in dieser Frage gegenüber Anderen (noch) in einer ungleich stärkeren Position ist, ist es nicht zuletzt an ihm, Vertrauen zu schaffen. Israel und seine Besatzung sind hier für viele *der* Prüfstein schlechthin. Dem Land die Sicherheit (und notfalls den Druck) zu geben sie loszulassen, würde deshalb letztlich ein kaum überbietbares Zeichen für weltweite Entspannung bedeuten. Hierfür ist es unabdingbar, dem sich über Gewalt und Gegengewalt gegenwärtig in einer konstant selbst bestätigenden Hobbeschen Vorstellungswelt gefangenen Staat Israel und seinen Bürgern darzulegen, was auch sie selbst an einem starken internationalen Recht hätten.

Deutschlands aktuelle Staatsräson als Hindernis für die Vernunft und den (demokratischen) Staat Israel

Deutschlands Verhältnis zu Israel ist ein besonderes und wird dies wohl auch immer bleiben. Aber was heißt das? Sicher, Israels Existenzrecht ist hier zu Recht 100% Staatsräson. Das sollte jedoch für jeden Staat gelten, der einigermaßen friedlich mit seinen Bewohnern, seinen Nachbarn und dem Rest der Welt koexistiert und im Idealfall eine Demokratie ist. Die Tatsache dass es 110% Existenzrecht nicht gibt, verleitet Deutschland jedoch anscheinend dazu, die Besonderheit seiner Verantwortung implizit (weil explizit zu skandalös) anders herauszustellen – über Abstriche an der Friedlichkeits-Voraussetzung. Geduldete jahrzehntelange Besatzung und systematische Unterdrückung, sowie sogar widerrechtlich/heimliche und mit von Deutschland teils *geschenkten* trägerfähigen U-Booten unterstützte Atomwaffen als Höhepunkte sprechen hier eine deutliche Sprache. Deutschlands falsch verstandene Treue geht sogar so weit, routiniert Brüche *eigenen* Rechts (z.B. Exportrichtlinien für Waffen) in Kauf zu nehmen. **Nur: Es ist ein Trugschluss zu glauben, Deutschland würde damit seiner Verantwortung gegenüber Israel, ob besonders oder nicht, gerecht. Nicht wenn es Ziel ist, Israel langfristig als Staat überhaupt (1.) zu erhalten, und erst recht nicht als Demokratie oder gar friedliche Demokratie (2.):**

1. Dass israelische Atomwaffen wohl mindestens indirekt die denkbarste existenzielle Bedrohung des ansonsten konventionell kaum noch realistisch schlagbaren Landes (durch ein wahrscheinlich ebenfalls militärisches iranisches Nuklearprogramm) befördern, sei einmal dahin gestellt. Sicher ist, dass sie westliche Sanktionen und Appelle an Teheran, sein (bisher nicht nachweisbar militärisches, d.h. leider weitgehend *legales*) Programm aufzugeben, doppelt heuchlerisch und deshalb zwangsläufig ineffektiv sein lassen: Nicht nur, dass der Westen selbst von einem Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie meilenweit entfernt ist und selbst gigantische Kernwaffenpotentiale aufrecht erhält. Dazu kommt, dass er Israel die Nicht-Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages bisher komplett folgenlos durchgehen lässt.

2. Die israelische Siedlungspolitik lässt eine praktikable Zwei-Staaten-Lösung zunehmend unmöglich erscheinen. *Ein* Staat mit seinen jetzigen Bewohnern würde jedoch durch die demographische Entwicklung auf absehbare Zeit, bzw. sofort, entweder das für viele Israelis kaum akzeptable Ende der Existenz Israels als *jüdischer* Staat (wohlgemerkt die hierzulande gängige Rechtfertigung für 110% Existenzrecht aus historischen Gründen) bedeuten, oder

sein sicheres Ende als Demokratie. Im zweiten Fall würde dem Land (u.a. laut Ehud Olmert) zwangsläufig ein Apartheid-ähnliches System bevorstehen, wodurch Israel spätestens dann – im Zuge von absehbar noch mehr Gewalt – ebenfalls den für das Land essentiellen westlichen Rückhalt (dann evtl. in radikaler Form) verlieren würde. (Dieser Prozess scheint mindestens in den besetzten Gebieten leider schon längst im Gange zu sein.) Dem ist auch aus einer einem demokratischen Israel gegenüber grundsätzlich solidarischen Perspektive entschieden entgegenzuwirken.

Es ist paradox: Israel wird trotz haushoher militärischer Übermacht in der Tat immer unsicherer. Allerdings ist dies zumindest in großen Teilen selbst verschuldet: Seit langem entscheiden sich verschiedenste israelische Regierungen, abgesehen von kurzfristigen Ausnahmen, konsequent für Landnahme und Unterdrückung anstatt wahrer Annäherung oder gar Aussöhnung. Dies nimmt der hoffnungslos unterlegenen palästinensischen Seite jeden Raum für positive Initiativen ihrerseits und spielt den dortigen Radikalen in die Hände.

Aus all dem folgt:

Die Besatzung der palästinensischen Gebiete (und ihre westliche Duldung und Unterstützung) sind ein Kern dieses Konflikts und Quelle vieler weiterer Probleme und müssen deshalb endlich ein Ende haben. Außerdem ist den Palästinensern, zwangsläufig auf der Basis universeller Menschenrechte, ein selbstbestimmtes Leben in einem komplett unabhängigen und lebensfähigen Staat in beiderseits friedlicher, hoffentlich einmal kooperativer Nachbarschaft zu Israel zu ermöglichen. Dies wird nicht möglich, ohne dass sowohl Israel als auch der Westen mit ihren jetzigen Opponenten (Hamas, Hisbollah, Iran,...) *mindestens inoffiziell* reden und Kompromisse eingehen, um deren Radkalisierung entgegenzuwirken und unter ihnen gesprächsbereite Kräfte zu finden und zu stärken.

Eine neue Interpretation alter Verantwortung

Es ist klar, wie heikel diese der gegenwärtigen Politik des mehrheitlich jüdischen Staates Israel gegenüber kritische Positionierung in einem Land ist, das einst im Zuge seines Eroberungskrieges durch Europa Millionen von Juden auf bisher unvergleichbare Art ermordete. In einem Land, das sich im Zuge dieser Erkenntnis nachhaltig selbst fürchten gelernt hat. In dem sich auch deshalb Debatten über den Nahost-Konflikt seit Jahrzehnten scheinbar reflexartig so schnell auf uns selbst konzentrieren, dass es unmöglich ist, auf diese Verbindung jetzt nicht ebenfalls ausführlich einzugehen. Hier ist jedoch deutlich zwischen deutscher Verantwortung für die Verbrechen der Nazis an den europäischen Juden und unserer Haltung gegenüber der heutigen israelischen Regierung zu unterscheiden.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass die deutsche Politik in Bezug auf Israel seit langer Zeit - und das auf Kosten Anderer, sowie ihrer eigenen Prinzipien, und damit indirekt langfristig Deutschlands selbst – sehr selektiv mit den Lehren aus ihrer Vergangenheit umgeht. Eine nüchterne Bestandsaufnahme wäre hier deshalb schon aus Eigeninteresse nötig, gefolgt von pragmatischer, aber *langfristig konsistenter, kohärenter und für alle berechenbarer* Neuausrichtung deutscher (und europäischer) Außenpolitik auf der Basis von universellen Menschenrechten. Unser Verhältnis zu Israel würde auch ohne negative Überraschungen

durch dabei notwendige Korrekturen wahrscheinlich schon genug strapaziert. Umso wichtiger ist es, diese Diskussion *jetzt* gesellschaftlich breit, überlegt, und somit langfristig nachhaltig zu führen, anstatt eines Tages von im Falle des Nahen Ostens besonders schwer vorhersehbaren Ereignissen – dann mit allen hässlichen Begleiterscheinungen, vor allem in *dieser* Frage – von den Ereignissen getrieben zu werden. Dann wäre es nämlich noch schwerer als ohnehin schon, eine von Vorurteilen, übertriebener Emotionalisierung und Populismus freie Debatte in dieser wichtigen Frage zu führen. Ohne sie jedoch hätte auch der zwangsläufige zweite Teil unserer Anstrengungen wenig Aussicht auf Erfolg: Nicht zuletzt weil es sogar in Deutschland nach wie vor judenfeindliche Übergriffe, Beleidigungen und Unterstellungen, offen oder angedeutet, gibt, muss folgende Klarstellung außen- wie innenpolitisch eindeutig gelten:

Antisemitismus ist Rassismus und ihm ist hier und überall entschieden entgegenzutreten.

Einer Konfliktlösung im Nahen Osten stehen außerdem nicht zuletzt geopolitisch motivierte Holocaust-Leugnungen seitens Israels erklärter Gegner, sowie oft mangelndes diesbezügliches Wissen ihres nationalen Publikums entgegen. Vor allem Deutschlands zu wenig genutztes Potential (und seine Pflicht) mindestens mittels all seiner Instrumente der kulturellen Diplomatie in dieser Frage auf sie einzuwirken, ist indes denkbar groß. Man denke an *besseres, gezielteres mentales zugänglich-Machen* unserer Erinnerungskultur für *besser integrierte* MigrantInnen – auch als potentielle Mittler - hierzulande; sowie vor Ort: Mehr Programme durch Botschaften, Goethe-Institute, Auslandssender, Gastreisen von Künstlern und Akademikern, Studenten- und Schüleraustausche, Jugenddialoge, usw. **Allerdings: Auch hier steht Deutschland stets potentiell ein durch seine Haltung bzgl. Israel/Palästina bedingter Glaubwürdigkeitsverlust entgegen.**

Als grundsätzliche Leitlinie für unser Vorgehen bietet sich daher ein viel zitiertes, von Tsafir Cohen in Anlehnung an David Ben Gurion abgewandeltes Wort an: „Es gilt, gegen die israelische Besatzung zu kämpfen, als ob es keinen Antisemitismus gäbe - und gegen den Antisemitismus, als ob es diese Besatzung nicht gäbe.“ Da die von PopulistInnen leicht dominierte Verbindung dieser beiden wichtigen Themen in der Regel dazu führt, dass wir keinem von ihnen gerecht werden, hoffen wir trotz allem, dass das heute in Deutschland möglich ist.

Internationale Perspektiven

Israel kann sich seine Unnachgiebigkeit auf Dauer nur durch unbedingte westliche Unterstützung erlauben: Nicht zuletzt sie ist es, die ihm bei schlicht astronomischen Rüstungsausgaben über direkte staatliche und private Hilfe, sowie freiesten Handel, einen für die Region einmaligen Lebensstandard ermöglicht. **Hieraus geht hervor, dass das Land nur durch sanften, aber bestimmten Druck enger und wichtiger Verbündeter zum Umlenken bewegt werden kann. Die Einstellung der Lieferungen von für die Besatzung oder für Israels Atomwaffenprogramm benutzter Waffen und –teile ist hiervon unabhängig ein logischer erster Schritt.**

Dem wichtigsten Verbündeten Israels, den USA, käme bei allen Maßnahmen eine Schlüsselrolle zu. Unter Präsident Obama könnte in die Konfliktlösung (wenn auch zunächst wahrscheinlich nicht wirklich in die Frage der Waffenlieferungen) Bewegung reinkommen. Diese Feststellung, zumal bisher auf nicht viel mehr als (teils gar widersprüchliche) Worte gestützt, darf uns jedoch auf keinen Fall weiter wie in den vergangenen Jahrzehnten einfach auf Vorgaben aus Washington warten lassen. Das gilt auch wenn dort gemäßigte Lobby-Organisationen wie J Street sich langsam anschicken, am Deutungsmonopol der klassischen, die U.S.-Nahostpolitik immer noch dominierenden Falken von AIPAC u.a., zu kratzen. Das letzte Jahr zeigt nämlich, dass Präsident Obama mit für ihn unmittelbareren Problemen nach wie vor mehr als beschäftigt ist. Wenn er (wonach es zurzeit aussieht) aus den *midterm elections* dieses Jahr geschwächt hervorgeht, könnte selbst das letzte bisschen Aufbruchsstimmung in dieser Frage vorerst verfliegen. Folglich: **Auf die USA allein ist hier trotz allem kein Verlass, auch wenn transatlantische Kooperation und Koordination in dieser Frage letztlich unerlässlich sein werden.**

Europa hätte hier – wenn einigermaßen einig - an sich gute Chancen, Einfluss geltend zu machen. Weitere wirtschaftliche, kulturelle und universitäre Integration Israels mit Europa, sowie für beide Seiten glaubhafte Vermittlung mit den Nachbarn, wären Anreize. Vielfältige, auch subtile Möglichkeiten des Stoppens oder Zurückfahrens bisheriger Integration und Unterstützung wären mögliche Sanktionen. **Hierbei muss klar sein, dass 1. kein weiteres Jahrzehnt des Stillstands in der Besatzungsfrage geduldet wird und es 2. keine weiteren voreiligen Belohnungen geben darf.** Insbesondere muss endlich klar sein, dass auf Dauer verliert, wer westliche Existenzrechts- und Sicherheitsgarantien für Israel gegen legitime, gleiche Rechte der Palästinenser ausspielen will, *oder umgekehrt*. **Bei etwaigen Sanktionen wäre jedoch gegenüber allen Seiten, falls irgend möglich, von potentiell die Fronten nur verhärtenden Pauschalstrafen abzusehen.** Dies gilt auch – aber nicht nur – für Boykottaufrufe gegen israelische Waren, solange zwischen diesen nicht praktikabel (z.B. nach Herkunft aus besetzten Gebieten) differenziert werden kann. Diese Differenzierbarkeit ist jedoch, wo irgend möglich, seitens Israels (und der EU) zu schaffen. Ansonsten blieben zu ungenaueren Strafen bei fortgesetzter Besatzung auch gegenüber Israel letztlich kaum Alternativen.

Deutschland und die EU müssen sich weiter intensiv in der Entwicklungs- und Demokratisierungszusammenarbeit in Israel und Palästina engagieren. Hierbei sollte sie sich soweit möglich an den Bedürfnissen der Menschen, und nicht an denen von (sonst ohnehin leicht korrumpierten) politischen Entitäten orientieren. Es gilt hierbei, vor allem vereinte israelisch-palästinensische Initiativen gezielt zu unterstützen, auch wenn der leider zurzeit generelle Mangel an starken Partnern auch hier Pragmatismus gebietet. Und: Wo die EU oder Deutschland Geld geben, haben sie ausdrücklich ein Kontrollrecht gegen Korruption und offensichtliche Miswirtschaft. (Das gilt übrigens erst recht, wenn von ihnen bezahlte Infrastruktur später – bisher ebenfalls viel zu leise kritisiert und gar nicht sanktioniert - israelischen Militärschlägen zum Opfer fällt.) **Insgesamt könnte die EU bei kohärentem und besonnenem Vorgehen auch ideell den progressiven Kräften beider Seiten als Positivbeispiel einer ehemals blutig konflikträchtigen, nun gemeinsam, und nur gemeinsam, Frieden und Wohlstand genießenden Region dienen.**

Seit dem Irakkrieg hat sich auch im transatlantischen Verhältnis, wenn nicht ohne Reibungen, mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich Freunde mitunter besser

gerecht werden wenn sie offenen Meinungs austausch, vor allem im Dissens, pflegen. Vor allem rechtliche Argumentationen, wie gegen Invasionen ohne UN-Mandat, oder gegen Folter, haben sich bei allem Geschrei letztlich (wenigstens vordergründig) weitgehend durchgesetzt. Dies sollte heute auch mit Israel möglich sein. Die Bundesrepublik Deutschland hat als verlässlicher Partner über Jahrzehnte freundliche Beziehungen zu Israel gepflegt und ausgebaut. Bei behutsamem Vorgehen auch und gerade im Sinne der hier vertretenen Sicht hätte niemand eine Rechtfertigung, diese Grundhaltung auf einmal ernsthaft anzuzweifeln. Der Einspruch gegenüber der (auch das bilaterale Verhältnis langfristig mehr als alles andere gefährdenden) Besatzung ist nicht zuletzt auch freundschaftliche Pflicht. Er setzt sich zudem auch in Europa insgesamt immer mehr durch, und Deutschland sollte dem zumindest nicht weiter im Weg stehen. Mit einer konstruktiven Haltung könnte *und müsste* es allerdings, wie niemand sonst, sicher stellen dass berechnete Kritik nicht wie so oft umschlägt in pauschales Israel-bashing oder gar ein Anzweifeln seiner fundamentalen Sicherheitsrechte:

Parallel zu einer Erhöhung des Drucks müssen Deutschland und Israels andere Verbündete um einer Lösung im Weg stehende Ängste abzubauen klarmachen, dass Israels prinzipielles Existenzrecht zu 100% nicht verhandelbar ist und bleibt.

Gleichzeitig ist jedoch eine grundsätzliche Rückbesinnung auf in dieser Frage unterbewusst schon lange nicht mehr zu Rate gezogene Grundsätze, z.B. der Gleichheit, dringend nötig. So selbstverständlich dies auch klingt: PalästinenserInnen dürfen - implizit wie explizit – nicht mehr nur als Sicherheitsrisiko für Israel gesehen werden, sondern müssen endlich als *Menschen mit eigenem Sicherheitsbedürfnis, und eigenen, nicht relativierbaren Rechten* begriffen werden. Diese sind wiederum auch gegen großzügigste finanzielle und sonstige Hilfe nicht veräußerbar.

Fazit:

Neben der Wahrnehmung generationenübergreifender Verantwortung, nicht zuletzt in Form von Umweltschutz, geht es selbst pragmatischen Grünen letztlich vor allem auch um emanzipative Politik für *alle* Menschen auf Basis ihrer Menschenrechte – *überall*. Auch wenn westliche Ermahnungen, nicht zuletzt wegen oft doppelten Standards, diesbezüglich in vielen Fällen wenig zielführend sind: Sie sollten im Falle Israels, im Hinblick auf beständige, freundschaftliche Beziehungen zwischen unseren Demokratien, allerdings trotz besonderer Sensibilität mittlerweile möglich sein. So oder so müssen wir leider feststellen, dass weder Wegschauen noch folgenlose Ermahnungen die teils katastrophale Menschenrechtsslage in Israels Einflussbereich bisher verbessert haben. Eine entschlosseneren *und* differenziertere Sicht, sowohl auf die vielseitige historische Verantwortung Deutschlands, als auch auf den „Nahost-Konflikt“, könnte vielen Menschen helfen und, nebenbei, unsererseits (als Grüne, Deutschland, Europa, sowie des Westens insgesamt) endlich eine verheerende Glaubwürdigkeitslücke schließen.

Jan Schierkolk (KV Frankfurt/Main, z.Zt. Genf)

Simon Lissner (KV Weilburg)